

**Bericht von der 60. Sitzung des Jugendhilfeausschusses  
am 10. Januar 2019, 18 Uhr, im Festsaal des Neuen Rathauses**

## **TAGESORDNUNG**

Tagesordnungen, Niederschriften, Anträge, Vorlagen, Anfragen, Anlagen usw. zu den verschiedenen Topics finden Sie im [Fachkräfteportal des JugendInfoService](#) und im [Ratsinformationssystem](#).

### öffentlicher Teil

1. Kontrolle der Niederschrift vom 8. November 2018
2. Informationen/Fragestunde  
„Situation der Inobhutnahmen in Dresden (Kinder- und Jugendnotdienst I und II)“
3. Konzept Schulabsentismus
4. Berücksichtigung von Mieten, Absetzung für Abnutzung (AfA) und Zinsen bei der Förderung von Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe in Dresden – Vereinheitlichung der Verwaltungspraxis; Herstellung der Rechtskonformität zur langfristigen Sicherstellung der Angebote und Qualität
5. Prozess zur Erarbeitung eines neuen Förderverfahrens in der Kinder- und Jugendhilfe für Angebote gem. § 74 SGB VIII auf der Basis von A0420/18
6. Struktur der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII
7. Berichte aus den Unterausschüssen

### nicht öffentlicher Teil

8. Informationen

### öffentlicher Teil – Nachtrag

9. Erhöhung der Budgets für Gleichstellung und Beauftragte, Soziale Projekte, Jugendhilfe, kommunale Kulturförderung

Jan Güldemann, stellvertretender Vorsitzender des Dresdner Jugendhilfeausschusses, leitete diese Sitzung. Er begrüßte alle Anwesenden im Festsaal des Neuen Rathauses und stellte die form- und fristgerechte Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Der Tagesordnungspunkt 9 wurde vor Punkt 7 geschoben. Die Tagesordnung wurde mit dieser Änderung einstimmig angenommen und die Niederschrift vom 8. November 2018 bestätigt. Der stellvertretende Vorsitzende begrüßte als neues Ausschussmitglied und Vertreter des Jobcenters Michael Rollberg.

Jugendamtsleiter Claus Lippmann wünschte für das neue Jahr alles Gute und bedanke sich für die vielen freundlichen Grüße, die ihn erreicht hatten.

Seit der letzten Sitzung Ende November hatte das Jugendamt keine schriftliche Information an den Ausschuss geschickt. Die [Information Nr. 01/2019](#) wurde erst am Morgen nach der Ausschusssitzung verschickt. In ihr werden Fragen aus der letzten Sitzung beantwortet und es wird über folgende Themen berichtet:

- Beantwortung von Anfragen der Jugendhilfeausschussmitglieder
  - Wunsch- und Wahlrecht gemäß § 5 SGB VIII
  - Möglichkeiten zur Beratung zum Wechselmodell
  - Beteiligung Bund am erhöhten Aufwand Unterhaltsvorschuss
- Jugendhilfepreis EMIL 2018 geht an Integrationsprojekt für straffällige junge Migranten
- Auftakt zur 2. Förderphase JUGEND STÄRKEN im Quartier – Sicherung der nahtlosen Projektumsetzung

Im Jahr 2018 hatte ein Ausschussmitglied um einen Bericht zur aktuellen Situation im Kinder- und Jugendnotdienst gebeten. Eine Abteilungsleiterin aus dem Jugendamt stellte in einer Präsentation die beiden Einrichtungen in Dresden vor, präsentierte aktuelle Zahlen und erklärte die Aufgaben und Herausforderungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dazu zählen herausfordernde Jugendliche und Probleme mit Suchtmitteln, Delinquenz, psychiatrischem Therapiebedarf und selbst- und fremdverletzendem Verhalten. Im Kinder- und Jugendnotdienst II gibt es derzeit unbesetzte Stellen.

Auf die Frage nach dem baulichen Zustand des Notdienstes I, antworteten die Abteilungsleiterin und der Jugendamtsleiter, dass die Räume sehr wohnlich und angemessen ausgestattet sind und das Gebäude 2021 neu errichtet werden soll.

Danach informierte Bildungsbürgermeister Hartmut Vorjohann darüber, dass die Bildungsstrategie auf der Tagesordnung des Stadtrates am 24. Januar steht und vorher im Bildungsausschuss besprochen werden soll. Er bat darum, dass ein Vertreter aus dem Jugendhilfeausschuss die Beschlussempfehlung im Bildungsausschuss erläutert und vertritt. Der stellvertretende Vorsitzende erklärte sich dazu bereit.

Ein Ausschussmitglied bat um eine Prüfung, mit welchen Fördermitteln der Jugendverein „Roter Baum“ die Schauburg am Weihnachtsmorgen für eine Filmvorführung gemietet hat und ob es rechtens ist, einem Bundestagsabgeordneten ein Hausverbot zu erteilen. Ein anderes Ausschussmitglied hatte freudig zur Kenntnis genommen, dass das Familienklassenzimmer weiterfinanziert wird und fragte nach der Leistungsart. Die Verwaltung hatte den Ausschuss Ende Dezember in der Beschlusskontrolle darüber informiert, dass ein Vertrag mit dem Träger der freien Jugendhilfe drefugio gUG (haltungsbeschränkt) geschlossen wurde.

Ein Ausschussmitglied fragte, wann die Stelle des Leiters der Verwaltung des Amtes für Kinder, Jugend und Familie ausgeschrieben wird und der Ausschuss die Stellenbeschreibung sehen kann. Bürgermeister Hartmut Vorjohann antwortete, dass die Stelle bald veröffentlicht wird und der Ausschuss die Ausschreibung vorher nicht erhält. Das gleiche Mitglied fragte, wann der Stadtratsbeschluss zum Präventionsbudget umgesetzt wird. Der Stadtrat hatte beschlossen, dass mit diesen Mitteln zwanzig halbe Stellen für Sozialraumkoordinatoren geschaffen werden sollen. Welche Aufgaben diese genau übernehmen sollen, ist jedoch unklar. Bürgermeister Hartmut Vorjohann erklärte, dass das Haushaltsrecht eine Ausschreibung der Stellen nicht zulässt, solange der Haushaltsplan von der Landesdirektion noch nicht bestätigt wurde.

Auf die Frage nach dem aktuellen Stand zum Kinderschutz bei der Parkeisenbahn, gab der Jugendamtsleiter bekannt, dass im nächsten Unterausschuss Planung darüber informiert wird.

Außerdem wurde kurz über die Ehrenamtsförderung gesprochen.

Ein Ausschussmitglied informierte, dass noch kein Konsens zur Fachleistungsstunde gefunden wurde und am 14. Januar ein weiterer Termin dazu stattfindet.

Die Kinder- und Jugendbeauftragte informierte darüber, dass sich Dresden um den Titel „Kinderfreundliche Kommune“ bemühen wird.

Da am 28. März weder der Oberbürgermeister noch der Stellvertreter die Sitzung des Jugendhilfeausschusses leiten können, soll am Sitzungstag ein neuer Leiter gewählt werden.

Danach beschloss der Jugendhilfeausschuss das Konzept Schulabsentismus (V2489/18) und folgte der Empfehlung des Unterausschusses Planung. Das Konzept wird als Planungsbericht fortgeschrieben. Außerdem soll die bestehende Kooperationsvereinbarung zwischen Jugendamt, Schulverwaltungsamt und Landesamt für Schule und Bildung erweitert werden. Es sollen eine Fachstelle Schulabsentismus eingerichtet und das Projekt „Familienklassenzimmer“ verstetigt sowie alternative Formen der Beschulung entwickelt und etabliert werden. Der Vertreter des Landesamtes für Schule und Bildung bestätigte, dass für 54 Stunden Lehrpersonal für das Familienklassenzimmer zur Verfügung stehen.

Anschließend wurde ein Antrag zur Berücksichtigung von Mieten, Absetzung für Abnutzung (AfA) und Zinsen bei der Förderung von Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe in Dresden in erster Lesung vorgestellt (A0509/18), den zwei Ausschussmitglieder eingereicht hatten. Bürgermeister Hartmut Vorjohann erklärte, dass der Antrag geprüft wurde und rechtswidrig sei. An der Sitzung des Unterausschusses Förderung soll ein Vertreter des Rechtsamtes teilnehmen, der dazu Auskunft geben kann.

Ebenfalls in erster Lesung wurde der Antrag Prozess zur Erarbeitung eines neuen Förderverfahrens in der Kinder- und Jugendhilfe für Angebote gem. § 74 SGB VIII auf der Basis von A0420/18 (A0516/18) vorgestellt. Die drei einreichenden Ausschussmitglieder möchten eine Arbeitsgruppe aus Verwaltungsmitarbeitern und Vertretern von Trägern der freien Jugendhilfe gründen, die ein neues Förderverfahren

entwickeln sollen. Dieses soll ab Januar 2021 für die Vergabe von Förderung angewandt werden. Ein Ausschussmitglied kritisierte, dass in der Arbeitsgruppe keine Stadtratsmitglieder vorgesehen sind und sich anstatt der Arbeitsgruppe auch der Unterausschuss mit geladenen Verwaltungsmitarbeitern beraten kann.

Danach besprachen die Ausschussmitglieder den Antrag zur Struktur der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII (A0501/18). Der Antrag war von einem Ausschussmitglied eingereicht worden, da laut Beschluss zum allgemeinen Teil des Planungsrahmens (V1772/17) bis Ende 2018 die Möglichkeit bestand, eine andere Struktur zu beschließen. Gegen diese Umstrukturierung wehren sich einige Mitglieder der AGs, da einige den Status AG nach § 78 SGB VIII verlieren würden. Der Jugendhilfeausschuss beschloss einen Ersetzungsantrag, der unter anderem beinhaltet, dass neben den bereits beschlossenen sieben AGs eine Arbeitsgemeinschaft „Querschnittsaufgaben der Jugendhilfe“ gebildet werden soll.

Nachträglich wurde der Antrag zur Erhöhung der Budgets für Gleichstellung und Beauftragte, Soziale Projekte, Jugendhilfe, kommunale Kulturförderung (A0522/18) auf die Tagesordnung gesetzt. Aus der Liquiditätsreserve wollen die antragstellenden Fraktionen Rot-Rot-Grün verschiedene Vorhaben finanzieren, wie die Straßenschule, eine Fachstelle für Schulsozialarbeit in freier Trägerschaft und das Budget der Kinder- und Jugendbeauftragten erhöhen. Nachdem eine Vertagung abgelehnt worden war, wurde darüber diskutiert, ob die Fördermittel ausreichen, wenn die Gelder für das Präventionsbudget nicht für neue Stellen ausgegeben werden, sondern im Fördertopf bleiben. Der Jugendhilfeausschuss folgte diesem Vorschlag der Verwaltung nicht und beschloss den Antrag in den Punkten, die die Jugendhilfe betreffen. In den anderen Punkten erklärt sich der Ausschuss für nicht zuständig.

Die Mitglieder der Unterausschüsse (UA) berichteten von den letzten Sitzungen:

- UA-Planung befasste sich mit der Terminfindung.
- UA-Förderung tagte nicht.
- UA-HzE tagte nicht.
- UA-Kita tagte nicht.

**Die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses findet am 31. Januar 2019, 18 Uhr, im Festsaal des Neuen Rathauses statt.**

Hinweis: Alle Informationen zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses erfolgen unter dem Vorbehalt der Erlangung der Rechtskraft gefasster Beschlüsse vorbehaltlich der Widerspruchsfrist.

*Quelle: S. H. (SB PR/JHA, LHD, Jugendamt)*